

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 14.03.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:08 Uhr bis 18:36 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ausschussvorsitzende	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	vertrat Herrn Dr. Diaby, Karamba
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Renee Fischer	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Herr Rene Müller	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	OB	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Frau Julia Burghardt	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	anwesend bis 18:30 Uhr
Herr Stefan Schulz	SKE	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Werner Misch	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	wurde vertreten durch Herrn Hopfgarten, Klaus
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, regte an, dass die Bekanntmachung für die Ausschusssitzung im Amtsblatt früher erfolgen sollte. Es erfolgte die Bekanntmachung nur einen Tag vor dem Termin der Sitzung. Weiterhin merkte er an, dass die Einladung zur Sitzung im Internet falsch sei. Dort stimmen die Unterzeichner mit der Einladung, welche die Stadträte erhalten haben, nicht überein. Die Verwaltung wird dies berichtigen.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt. Sie wies darauf hin, dass die Niederschrift vom 19.02.2013 noch nicht vorliege und demnach der Tagesordnungspunkt 3.2 abgesetzt werde.

Weiterhin beantragte sie für den Tagesordnungspunkt 7.1 das Rederecht für das Ingenieurbüro Stapelfeldt.

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Frau Krausbeck** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung:** einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung Niederschriften
  - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2013
  - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 19.02.2013
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sondernutzung in der Leipziger Straße  
Vorlage: V/2013/11366

**abgesetzt**

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. „Darstellung der Ergebnisse aus der II. Stufe der gesetzlichen Lärmkartierung“
- 7.2. Baumfällliste
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**Frau Krausbeck** bat nunmehr um Abstimmung zum Antrag auf Rederecht.

**Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung:** einstimmig zugestimmt

### **zu 3 Genehmigung Niederschriften**

---

#### **zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2013**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 14.02.2013.

**Frau Krausbeck** bat um Abstimmung der Niederschrift.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

### **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

### **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

#### **zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sondernutzung in der Leipziger Straße Vorlage: V/2013/11366**

---

**Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und wies darauf hin, dass in den zur Sitzung ausgeteilten Unterlagen eine inhaltliche Stellungnahme zum Antrag von der Verwaltung verteilt wurde. Sie übergab anschließend das Wort an den Antragsteller.

**Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, begründete die Antragstellung seiner Fraktion. **Frau Dr. Schöps, Sachkundige Einwohnerin**, teilte mit, dass sie die Aussage der Verwaltung im letzten Absatz der Stellungnahme nicht zufrieden

stelle. Sie wies darauf hin, dass ihre Fraktion den Antrag nicht gestellt hätte, wenn keine konkreten Beschwerden von Bürgern vorlägen.

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, und **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, plädieren für eine Ablehnung, da der Verwaltung offensichtlich keine Hinweise vorliegen. **Herr Dr. Rürup, sachkundiger Einwohner**, wies darauf hin, dass erst mal geklärt werden müsse, wo die Grenze zwischen Anbieten und aggressives Betteln sei.

**Frau Dr. Schöps** teilte mit, dass speziell Tierschutzvereine zu diesem Antrag Anlass gegeben hätten. Der Antrag wurde jedoch allgemein gehalten. Sie bat die Verwaltung um Überprüfung.

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, merkte an, dass es hier keinem Antrag bedürfe. Ein Hinweis an die Verwaltung reiche aus. Ein zustimmender Beschluss müsse ja auch vollzogen werden.

**Frau Krausbeck, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass es sich hier um einen Einzelfall handle und deshalb keine generelle Regelung getroffen werden sollte.

**Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister**, teilte mit, dass jede Sondernutzungserlaubnis auf Gefahrenabwehrrecht geprüft werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

bei der Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen zum Aufbau von Ständen etc. zur Mitglieder-, Spenden- und sonstigen Werbung an Vereine und sonstige Organisationen/Personen in geeigneter Weise sicher zu stellen, dass keine Werbung in einer dem aggressiven Betteln gemäß § 5 der Gefahrenabwehrverordnung vergleichbaren Art und Weise erfolgt. Gegebenenfalls ist auf die Erteilung entsprechender Sondernutzungserlaubnisse zu verzichten.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**Frau Lachky, Fachbereichsleiterin Einwohnerwesen**, informierte zu den Bundestagswahlen, welche am 22.09.2013 stattfinden. Sie teilte mit, dass die Bundeswahlordnung und das Bundeswahlgesetz noch nicht Kraft getreten seien. Die Stadt Halle gehört zum Wahlkreis 72 zusammen mit den Gemeinden Kabelsketal, Landsberg und Petersberg. Es werden 143 Wahlbezirke und zusätzlich 20 Briefwahlbezirke am Wahltag eingerichtet sein. Zudem sollen nun bürgerfreundlich formulierte Briefe die einfachen Karten zur Wahlbenachrichtigung ersetzen. Die Stadt Halle versucht weiterhin den Zugang zu allen Wahllokalen barrierefrei zu gestalten. Derzeit ist dies bei ungefähr 40 % gewährleistet. Zur Absicherung der Wahllokale werden wieder Wahlhelfer gesucht. Sie bat die Fraktion um Mithilfe bei der Suche.

---

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, teilte mit, dass gemeinsam mit den Anwohnern am Preßlersberg eine Lösung herbeigeführt wurde. So müsse jetzt nur ein Baum gefällt werden, der zudem am meisten geschädigt sei. Ein Standort für den unterirdischen Glascontainerplatz wurde gefunden, ohne dass weitere Bäume gefällt werden müssen.

---

**Herr Stäglich** teilte weiterhin mit, dass am Mittwoch, den 13.03.2013 im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF per Dringlichkeitsantrag der Beschluss für die weiteren Baumaßnahmen in der Fiete-Schulze-Straße gefasst wurde. Die Finanzierung sei jetzt gesichert. Es wurde nunmehr die Ausnahmegenehmigung zur Baumfällung erteilt. Am heutigen Tag wurde mit den Fällungen begonnen.

Die Finanzierung für die Nachpflanzungen in der Otto-Stomps-Straße ist in einem anderen Los der Maßnahme im Halleschen Osten.

---

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt**, teilte mit, dass in der letzten Stadtratssitzung zwei mündliche Anfragen zu Baumfällungen in Halle-Neustadt gestellt wurden. Sie beantwortete diese kurz. Eine schriftliche Beantwortung wird noch erfolgen und den Stadträten zur Verfügung gestellt.

---

**Frau Ruhl-Herpertz** informierte, dass in der Haflingerstraße Bäume auf von Rekonstruktionsmaßnahmen durch die EVH an einer Fernwärmetrasse entfernt werden mussten.

---

**Herr Stäglich** wies auf die ausgeteilte Mitteilung in Bezug auf die Abwasserabgabeerklärung für das Veranlagungsjahr 2012 hin und erläuterte diese.

#### **zu 7.1 „Darstellung der Ergebnisse aus der II. Stufe der gesetzlichen Lärmkartierung“**

---

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt**, führte zur Thematik ein. Das Ingenieurbüro Stapelfeldt stellte die Ergebnisse aus der 2. Stufe der gesetzlichen Lärmkartierung via Präsentation vor. Diese wird im Ratsinformationssystem eingestellt.

#### **zu 7.2 Baumfällliste**

---

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt**, wies auf die ausgeteilte Baumfällliste hin und erläuterte die dort aufgeführten Maßnahmen.

#### **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin**, möchte gern wissen, wie der zuständige Geschäftsbereich mit der Petition des Arbeitskreises Hallescher Auenwälder (AHA) gegen die Baumfällungen in der Fiete-Schulze-Straße umgegangen sei.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wies auf seine Ausführungen in der öffentlichen Beigeordnetenkonferenz am 05.03.2013 hin. Dem Petenten werde noch schriftlich die Stellungnahme der Stadt nachgeliefert.

---

**Frau Dr. Schöps** teilte mit, dass im Februar Anträge von der HWG gestellt wurden. Die Bescheide wurden von der Stadt versandt. Sie möchte wissen, warum die Baumschutzkommission nicht involviert wurde. Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

---

**Frau Dr. Schöps** möchte gern wissen, warum bei der Maßnahme Nr. 167 der Baumfällliste keine Begründung angegeben wurde und warum bei der Maßnahme 172 für die Errichtung von Stellplätzen Bäume gefällt werden müssen. Hier wird die Verwaltung schriftlich antworten.

---

**Frau Burghardt, sachkundige Einwohnerin**, wies darauf hin, dass am 28.02.2013 an der Haltestelle Moritzburgring (stadtauswärts) zwei relativ junge gesunde Bäume gefällt wurden. Sie möchte gern wissen, aus welchen Gründen keine Umsetzung der Bäume realisiert wurden, wie in den Plänen zur Stadtratsvorlage „Ausbau der nördlichen Großen Ulrichstraße – Gestaltungsbeschluss“ – vgl. Vorlage- Nr. V/2011/09950 - kommuniziert wurde? Dort hieß es in der betreffenden Anlage 3 Lageplan Blatt 2: „Baumumsetzung (wird angestrebt)“. Welche genauen Standorte sind für die 3 vorgesehenen Ersatzpflanzungen vorgesehen? Welche Kosten sind für die Fällungen der Bäume entstanden? Welche Kosten werden durch die Ersatzpflanzungen verursacht? Mit welchen Kosten hätte man bei einer Baumumsetzung rechnen müssen?

**Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt**, teilte mit, dass Baumaßnahmen an einer Gasleitung durchgeführt wurden. Es wurde geprüft, ob die Bäume umgesetzt werden können. Das Ergebnis war leider negativ. Aus diesem Grund mussten die Bäume gefällt werden. Es werden jedoch in unmittelbarer Nähe Ersatzpflanzungen vorgenommen.

---

**Frau Krausbeck, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, wies in Bezug auf die Maßnahme Nr. 153 der Baumfällliste darauf hin, dass 35 Laubbäume gefällt werden sollen. Sie möchte gern wissen, wann die Maßnahme durchgeführt werde.

**Frau Ruhl-Herpertz** teilte mit, dass es bei der Ausschreibung des Trägers der Maßnahme Probleme bei der Finanzierung gab. Nachdem diese beseitigt waren, wurde die Maßnahme ausgeschrieben. Das Ergebnis war, dass es kein wirtschaftliches Angebot gab. Aus diesem Grund wurde für die Maßnahme eine Fristverlängerung beantragt und genehmigt. Die Maßnahme solle bis zum 22.03.2013 durchgeführt werden. Nunmehr habe der Träger der Maßnahme nochmals eine Fristverlängerung beantragt. Die Verwaltung wird diesem Antrag ablehnen, da die Gründe für eine Fristverlängerung nicht ausreichen.

---

**Frau Krausbeck** merkte an, dass in einer Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle - Vorlagen-Nr.: V/2012/10844 - vom 10.12.2012 ausgeführt wird, dass für die Unterhaltung des kommunalen Baumbestandes im HH 2013 der Planansatz aus dem Jahr 2012 übernommen wurde und damit lediglich Leistungen zur Herstellung und Wahrung der Verkehrssicherheit am öffentlichen Baumbestand gewährleistet werden können, ein Ersatz von Bäumen allerdings nicht. In der Beantwortung einer Anfrage in der Stadtratssitzung am 27.02.2013 (vgl. Vorlagen-Nummer V/2013/11470) wird demgegenüber mitgeteilt, dass vom

ehemaligen Grünflächenamt 2012 90 Bäume als Ersatz gepflanzt wurden. Sie möchte gern wissen, wie sich dieser Widerspruch erklärt?

Während im Ausschuss für Ordnung und Umwelt am 13.12.2012 als Kostenansatz für eine Baumpflanzung incl. Pflege innerhalb von 15 Jahren ein Betrag in Höhe von ca. 4050 € kommuniziert wurde, wird in aktuellen Beschlussvorlagen (BV V/2012/11250 – Hafenbahntrasse – und BV V/2012/11252 – Spielplatz Thalia) ein Kostenaufwand im gleichen Zeitraum von 1.960 € pro Baum angegeben. Wie können die unterschiedlichen Zahlen erklärt werden?

**Herr Rost, Abteilungsleiter Stadtgrün**, teilte mit, dass hier kein Widerspruch vorliege. Aufgrund sich verschärfender Rahmenbedingungen für Verkehrssicherungspflichten an kommunalen Bäumen haben sich die Voraussetzungen bei der Unterhaltung des Baumbestandes gegenüber 2012 entscheidend verändert. Die unterschiedliche Darstellung des Kostenaufwandes resultiert daraus, dass die Kosten für die Baumpflanzung und die einjährige Fertigstellungspflege bereits Bestandteil der Bauprojekte sind. Eine schriftliche ausführlichere Beantwortung ist dieser Niederschrift beigelegt.

---

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte nach dem Brandschutzbedarfsplan. Er möchte gern wissen, wann dieser in den Stadtrat eingebracht werde.

**Frau Wildgrube, Referentin für Ordnung und Sicherheit**, teilte mit, dass eine Einbringung der Vorlage in der Maisitzung geplant sei. In der Sitzung des Stadtrates am 27.03.2013 werde diesbezüglich eine schriftliche Stellungnahme verteilt.

---

**Herr Scholtyssek** wies auf einen Bericht im TV Halle in der vergangenen Woche hin. In diesem wurde auf eine Sondernutzung beim vor die Haustür stellen der Mülltonnen hingewiesen. Es werde vermutet, dass sich der Drehort in der Siedlung am Wasserturm Nord befunden habe. Er möchte gern wissen, ob es sich tatsächlich um eine Sondernutzung handle und ob diese dann, gegebenenfalls mit einer Gebühr, erlaubt werde. Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Scholtyssek** fragte nach der Anzahl der städtischen Bediensteten in der Stadtwache. **Herr Müller, amtierender Fachbereichsleiter Sicherheit**, teilte mit, dass die Stadtwache um zwei Mitarbeiter verstärkt wurde. Derzeit seien nunmehr zehn Mitarbeiter tätig, deren Einsätze mit der Polizei abgestimmt werden.

---

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, möchte gern wissen, ob der Begriff Dichtstand – wie in der Baumfällliste unter Nr. 172 angegeben – messbar sei. Gibt es hier Möglichkeiten zu Optimierung?

**Frau Ruhl-Herpertz** teilte mit, dass die Verwaltung hier Handlungsspielraum habe.

---

**Frau Burghardt** teilte mit, dass ihr mitgeteilt wurde, dass in Seeben der Grundwasserstand erhöht sei.

**Herr Stäglich** bat um Konkretisierung der Anfrage. Es werde der genaue Ort benötigt.

---

**Frau Burghardt** möchte gern wissen, ob es für den Auftritt des Elefanten in der Innenstadt eine Genehmigung gab.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

## zu 9      Anregungen

---

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, möchte gern wissen, was in Hinblick auf die Haushaltssituation mit den gefälltten Bäumen geschehe. Wem gehöre der Baum und könne man das Holz nicht zu Geld machen? Da die Stadt daran interessiert sein muss, Einnahmen zu generieren- sollte sie diesen Aspekt entsprechend bei Vertragsgestaltung mit Firmen für die Vornahme der Fällarbeiten berücksichtigen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sicherte eine Stellungnahme zu.

Es gab keine weiteren Anregungen.

**Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 09.04.13

---

Uwe Stäglin  
Beigeordneter

---

Elisabeth Krausbeck  
Ausschussvorsitzende

---

René Müller  
Protokollführer